

ZUKUNFT DURCH WANDEL? – WIR SCHAFFEN DAS! Oder: Wie sich die Erinnerungsarbeit in unserer Gesellschaft positionieren kann-abseits oder unter Zuhilfenahme von Schlagworten?

-Bericht des Sprechers der LAG Erinnerungsarbeit Frank-Matthias Hofmann-

Liebe Mitsteitende in der Erinnerungsarbeit,
bevor ich zu dem komme, was in unserer Arbeit in der Zeit seit der letzten MV formal und organisatorisch sowie konkret- inhaltlich zu besprechen ist, möchte ich wieder einige grundsätzliche Anmerkungen zur Großwetterlage in der Erinnerungsarbeit und wie sie in unserer Gesellschaft verortet ist, machen.

Von Aufbrüchen und Abbrüchen -Mentalitätswechsel von 2015 zu 2025

Es gibt Schlagworte, die oftmals zum „Wort des Jahres“ gewählt werden. Manche erhalten gar ikonischen Charakter. Aber es gibt auch Unworte des Jahres. So wurde vor zehn Jahren, 2015, das Wort „Gutmensch“ zum Unwort des Jahres gewählt: Es beinhaltet eine ironische Abwertung von Menschen, die sich für andere einsetzen. Das Wort zeigt aber auch für mich, dass gesellschaftlich etwas in Schieflage geraten war: Engagement und Mitgefühl wurden verdächtigt. 2025 blicken wir zurück auf einen Sommer, der vieles verändert hat. Als Angela Merkel sagte „Wir schaffen das!“ setzte sie damit ein Signal, das über Parteigrenzen hinauswirkte. Es schien möglich, dass Mitmenschlichkeit und politischer Gestaltungswille zusammenfinden. Was ist aus diesem Aufbruch geworden? Heute distanzieren sich manche ihrer Parteifreunde von ihr und diesem Wort und dem, was es beinhaltete, versuchen sich damit zu profilieren, um der AfD und anderen rechten Konsorten das Wasser abzugraben, manchmal auch, indem sie denen die Vokabeln klauen und selbst rechtslastige Äußerungen von sich geben. Ein Irrweg wie ich meine. Das Bild vom menschenfreundlichen Deutschland, das wir in der Erinnerungsarbeit maßgeblich in den letzten Jahrzehnten mitgeprägt haben (und das meine ich wirklich!), hängt schief. Auch wir haben etwas in der Aufarbeitung von Unrecht an NS-Opfern und Einladungen bis heute etwa von Nachfahren ukrainischer, weißrussischer und russischer Zwangsarbeitenden mitgeholfen, den Boden zu bereiten für ein Land, das seine eigene braune Geschichte aufzuarbeiten bereit ist und auch Konsequenzen daraus zu ziehen vermag. Politische Bildung für die Gegenwart ist immer wichtig gewesen und wird es auch bleiben. Heute fragen wir nicht mehr, wie Integration gelingt, sondern wie sich Migration begrenzen lässt. Wir bauen Mauern und ziehen Zäune hoch. Dabei wissen wir in der Erinnerungsarbeit doch, dass Flucht und Vertreibung schlimme Folgen von Kriegen sind und man den von Diktatoren Verfolgten und von Vernichtung bedrohten Menschen solidarisch zur Seite stehen muss. Gewiss kann und darf man über Möglichkeiten zur Begrenzung von Migration sprechen, ohne dass wir dies tabuisieren oder vorhandene Probleme bei der Integration verschweigen. Das spielt wieder nur den Rechten in die Hände. Aber dass aus

dem Sommer des Willkommens ein endloser Winter der Abwehr geworden ist, damit können wir uns nicht abfinden.

Was alles geht, wenn man will

2015 hat gezeigt, was eine Zivilgesellschaft leisten kann, wenn ein gemeinsamer Geist einem treibt, was Verwaltungen, Sozialverbände, NGOs und Kirchen in gemeinsamer Anstrengung leisten können. Für mich ist das nach wie vor maßgeblich, bei allen Problemen, die auch mit daher gehen, was Angela Merkel 2015 gesagt hat: "Deutschland ist ein starkes Land. Das Motiv, mit dem wir an diese Dinge herangehen, muss sein: Wir haben so vieles geschafft. Wir das schaffen das! Wir schaffen das - und dort, wo etwas im Wege steht, muss es überwunden werden, muss daran gearbeitet werden."

Das war auch eine Bekenntnisentscheidung, die viele mitgezogen hat. Diese Form der Gegensteuerung und Selbstermächtigung war und ist richtig, nämlich dass uns Krieg, Verfolgung und Flucht nicht emotions- und tatenlos zusehen lassen, sondern dass wir aufgrund unserer eigenen Geschichte uns selbst stärken mit einem Bekenntnis zur Mitmenschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit, auch für die, die zu uns kommen. Es kann uns in der Erinnerungsarbeit auch nicht kalt lassen, dass aus dem Sommer der Großherzigkeit winterliche Kälte wurde, Gleichgültigkeit, Angst, ja gar Hass. Und vielleicht hätte man ergänzen müssen, damals 2015, „Ja, wir schaffen das, aber es wird den mühsamen Weg, lange und mit manchen Enttäuschungen. Es wird steinig und dornig, manches wird wehtun und manchmal werden wir denken: Hätten wir ihn doch nicht gegangen. Und doch ist es der richtige Weg.“

Die ältere Generation, die noch Krieg, Ausgrenzung und Verfolgung aus unmittelbarem Erleben kannte und meine Generation mit ihren Erzählungen als Sekundärzeuginnen geprägt hat, tritt ab. Wenn eine Willkommenskultur umkippt in eine „Bleibt-uns-vom-Hals-Stimmung“, dann ist in unserer Gesellschaft insgesamt etwas gekippt. Plötzlich sahen wir als jüngere Generation die Folgen von Krieg, Gewaltherrschaft und Not nicht mehr nur im Fernsehen, sondern vor unserer Haustür. So gewannen Angsterzählungen an Macht und auch die Narrative der Rassisten und Verschwörungserzähler, dass der große Bevölkerungsaustausch im Gange sei, mit dem die Regierenden sich ein ihnen genehmes Staatsvolk züchten wollten. Feindschaft gegen Fremde, gegen das Fremde kamen wieder hoch. Stereotype Reflexe, die wir aus der Erinnerungsarbeit nur allzu gut kennen und die wir auch in diesem Kontext bekämpfen müssen. Papst Franziskus hat nicht zu Unrecht gefordert, die Globalisierung der Gleichgültigkeit zu durchbrechen und wieder empathischer zu werden. In der Erinnerungsarbeit bedeutet Kampf gegen rechts nicht unbeteiligt problematischen gesellschaftlichen Entwicklungen gegenüber zu bleiben, sondern sich aktiv in das Engagement gegen Gleichgültigkeit, fake news und Unmenschlichkeit einzubringen.

Was bedeutet nun, diesen Satz „Wir schaffen das!“, der aus diesem Kontext entstanden ist, auf unsere Fragestellungen in der Erinnerungsarbeit hin zu übertragen?

Er bekommt in der deutschen Erinnerungsarbeit an die NS-Zeit besondere Deutungen:

Übertragen auf die Erinnerungsarbeit bedeutet er: Die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen ist eine dauerhafte gesellschaftliche Aufgabe, die Kraft, Mut und Ausdauer verlangt. „Wir schaffen das“ kann hier heißen:

- Wir schaffen es, das Erinnern lebendig zu halten, auch wenn Zeitzeug:innen sterben.
- Wir schaffen es, Verantwortung zu übernehmen, uns gegen Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus und Geschichtsvergessenheit zu stellen (vgl. die neuesten Entwicklungen zur Änderung der Saar-Verfassung)
- Wir schaffen es, die Lehren aus der Vergangenheit in die demokratische Gegenwart zu übersetzen.

Kombinieren wir einmal auch in unserem Zusammenhang die Selbstertüchtigung „Wir schaffen das!“ mit der Formel, die das Saarland sich für seinen Bundesratspräsidentinnenschaft und den 3. Oktober ausgesucht hat: „Zukunft durch Wandel“: **Gibt es also eine Zukunft durch Wandel und schaffen wir das?**

Dann weist diese Formel verweist auf die Notwendigkeit, Erinnerungskultur dynamisch zu gestalten. „Wandel“ kann in diesem Zusammenhang heißen: Formen des Gedenkens verändern sich – von Zeitzeugenberichten hin zu digitalen Archiven, künstlerischen Projekten oder interaktiven Bildungsangeboten. „Zukunft“ bedeutet: Nur wenn Erinnerungskultur sich anpasst, bleibt sie gesellschaftlich relevant und wirksam.

In Bezug auf die NS-Verbrechen meint das:

- Gedenken darf nicht museal erstarren, sondern muss kritisch, kreativ und anschlussfähig für junge Generationen bleiben.
- Durch den Wandel im Erinnern wird eine demokratische, menschenrechtsorientierte Zukunft möglich.

Wenn wir also diese beiden Formeln zusammendenken, können wir auch das für unsere Erinnerungsarbeit fruchtbar machen.

„Wir schaffen das!“ steht für den Mut und das Bekenntnis, Verantwortung zu übernehmen.

„Zukunft durch Wandel“ betont die Fähigkeit, Erinnerungskultur immer wieder neu zu erfinden.

- Zusammen ergibt das für die deutsche Erinnerung an die nationalsozialistischen Verirrungen und faschistischen Untaten:
- Erinnerungsarbeit ist kein abgeschlossenes Projekt, sondern ein Prozess.

- Nur wenn wir bereit sind, Wandel anzunehmen, können wir die Erinnerung für die Zukunft fruchtbar machen.
- So entsteht eine demokratische Kultur des Erinnerns, die nicht nur bewahrt, sondern auch handlungsfähig macht.

Freilich wissen wir auch: Wenn man „Wir schaffen das!“ und „Zukunft durch Wandel“ in die deutsche Erinnerungsarbeit 2025 einbringen möchte, stößt man auf spürbare gesellschaftliche Widerstände – gerade in einer Zeit, in der rechte und rechtspopulistische Strömungen an Einfluss gewinnen. Ich skizziere die zentralen Hürden:

1. Erinnerungsmüdigkeit und Relativierung

- Viele Menschen empfinden die ständige Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus als „erschöpfend“ oder „Vergangenheitsfixierung“.
- Rechte Narrative verstärken dies, indem sie behaupten, man müsse „endlich einen Schlusstrich ziehen“.
- Herausforderung: Deutlich machen, dass Erinnerungsarbeit nicht Schuldvererbung, sondern Demokratiesicherung ist.

2. Instrumentalisierung durch rechte Kräfte

- Die extreme Rechte nutzt Gedenktage oder Symbole, um Umdeutungen vorzunehmen („Deutsche als Opfer“).
- Damit wird die historische Verantwortung verdreht.
- Widerstand: Erinnerungsarbeit muss aufklären, Falschinformationen entkräften und den Wert historischer Wahrheit betonen.

3. Polarisierung in der Gesellschaft

- Begriffe wie „Wir schaffen das“ sind stark politisiert (v. a. im Kontext von Migration).
- Wenn man sie in die Erinnerungskultur überträgt, könnte dies sofort als „politisch gefärbt“ oder „linke Ideologie“ abgelehnt werden.

Also gilt es, diese Begriffe in breite, überparteiliche Kontexte zu stellen– Demokratie, Verantwortung, Menschenrechte – um die Angreifbarkeit zu reduzieren.

4. Generationenwandel und Distanz zur Geschichte

- Die letzten Zeitzeug:innen sterben, jüngere Generationen haben keinen direkten Bezug mehr.
- Gefahr: Das Erinnern wird als museal oder „nicht mehr relevant“ wahrgenommen.
- Aufgabe: Neue Formate (digitale Projekte, Social Media, künstlerische Ansätze), die Zukunft durch Wandel ernst nehmen und junge Menschen emotional erreichen.

5. Gesellschaftliche Spaltung über Migration und Identität

- „Wir schaffen das“ wurde 2015 zur Projektionsfläche für Ängste vor dem Fremden.
- In der Erinnerungsarbeit kann dies auf Widerstand stoßen, wenn Migration, Holocaust-Erinnerung und heutiger Antisemitismus zusammengedacht werden. Aber genau das propagiere ich ja, wie ich ganz am Anfang meiner Rede zu zeigen versucht habe.
- Herausforderung: Brücken schlagen– Erinnerung nicht exklusiv „national“, sondern inklusiv und plural gestalten, sodass sich auch neue Bevölkerungsgruppen angesprochen fühlen.

6. Populistisches Misstrauen gegenüber Institutionen

- Museen, Gedenkstätten und Schulen gelten in rechten Diskursen als „staatlich gesteuerte Indoktrination“.
- Widerstand: Glaubwürdigkeit bewahren durch Transparenz, Beteiligung, multiperspektivische Zugänge.

Kurz gesagt:

Die Widerstände liegen im „Erinnerungsüberdruß“, der Politisierung der Begriffe, der rechtspopulistischen Umdeutung, der gesellschaftlichen Polarisierung und dem Generationenwandel.

Die Aufgabe ist, Erinnerung neu, inklusiv und zukunftsorientiert zu gestalten, ohne die historische Klarheit zu verlieren.

Das ist der Kern der gegenwärtigen Herausforderung: **Wie lässt sich Erinnerungskultur so erneuern, dass sie sowohl historisch klar bleibt als auch junge Menschen in einer zunehmend polarisierten Gesellschaft erreicht?**

Ein solcher **Wandel** könnte mehrere Ebenen umfassen:

1. Inhaltlicher Wandel

- *Vom „Nie wieder“ zum „Jetzt handeln“:*

Erinnerung nicht nur als Rückblick, sondern als Auftrag, gegen heutige Angriffe auf Menschenwürde und Demokratie aktiv zu werden.

- *Universale Menschenrechte im Zentrum:*

Die Shoah bleibt das singuläre Verbrechen, aber die Ableitung daraus ist universell: Schutz aller Minderheiten, Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Queerfeindlichkeit.

- *Mehrperspektivisches Erzählen:*

Ergänzung der Täter- und Opfergeschichte durch Stimmen von Jüd:innen, Sinti:zze und Rom:nja, Zwangsarbeiter:innen, politisch Verfolgten – und Brücken zur Gegenwart schlagen (z. B. Flucht, Ausgrenzung, Diskriminierung heute).

2. Didaktisch-methodischer Wandel

- *Digitale Erinnerungskultur:*

Virtuelle Gedenkstättenbesuche, AR/VR-Erlebnisse, interaktive Spiele, Podcasts und Social-Media-Formate, die niedrigschwellig Zugang ermöglichen.

- *Partizipatives Lernen:*

Jugendliche gestalten eigene Projekte (z. B. TikTok-Kampagnen, Stadtteilrundgänge, Theaterprojekte), statt nur passiv zu konsumieren.

- *Storytelling statt Faktenballast:*

Persönliche Geschichten, Biografien und Schicksale wirken nachhaltiger als abstrakte Zahlen.

3. Gesellschaftlich-politischer Wandel

- *Erinnerung als Demokratiebildung:*

Erinnerung wird nicht als „museale Pflichtübung“ verstanden, sondern als Grundlage demokratischer Resilienz gegen Populismus.

- *Schulen und Gedenkstätten als „Safe Spaces“ für Dialog:*

Räume, in denen junge Menschen ihre Fragen, auch ihre Skepsis, angstfrei äußern dürfen – um so eigene Zugänge zur Geschichte zu entwickeln.

- *Diversität sichtbar machen:*

Auch Jugendliche mit Migrationsgeschichte sollen sich in der Erinnerungskultur wiederfinden. NS-Verfolgungsgeschichten werden verbunden mit Fragen heutiger Zugehörigkeit.

4. Kulturell-ästhetischer Wandel

- *Neue Ausdrucksformen:*

Street Art, Musik, Gaming, digitale Kunst und Theater als Vehikel der Erinnerung.

- *Künstlerische Interventionen im öffentlichen Raum:*

Statt nur klassische Denkmäler: temporäre Installationen, Projektionen, interaktive Stationen, die zum Nachdenken anregen.

- *Sprache der Gegenwart:*

Weniger Pathos, mehr Alltagsnähe – damit junge Menschen nicht das Gefühl haben, man spreche „über“ sie, sondern „mit“ ihnen.

5. Praktische Leitidee für die Zukunft

„Erinnerung als Zukunftslabor“

- Vergangenheit wird nicht museal verwaltet, sondern als Ressource genutzt, um Gegenwart und Zukunft menschenwürdig zu gestalten.
- Der Dreiklang lautet: Erinnern – Verstehen – Handeln.
- Erinnern: Klarheit über die NS-Verbrechen und ihre Ursachen.
- Verstehen: Transfer in heutige Fragen von Ausgrenzung, Diskriminierung, Menschenrechten.
- Handeln: Jugendliche stärken, im Alltag gegen Vorurteile und Hetze einzustehen.

Damit wird die deutsche Erinnerungsarbeit nicht obsolet, sondern hochaktuell: Sie wird zu einem Werkzeug, um demokratische Resilienz in einer Gesellschaft zu sichern, die nach rechts driftet.

Bericht über die Geschäftstätigkeit des Sprecher_innenrates 2024/2025

Sprecher:innenrat

Auch im vergangenen Jahr hat sich der Sprecher_innenrat regelmäßig getroffen und aktuelle Entwicklungen in der Erinnerungsarbeit im Saarland und bundesweit im Blick zu halten versucht. In vier Sitzungen im November 2024, 23.1.25 in Jägersburg, 4.6.25 in Saarbrücken im Ev. Büro Saarland und am 4.9.25 in Saarbrücken im Historischen Museum ging es um Themen wie

- Verabschiedung von Frau Sabine Geith und Begrüßung von Frau Siebeneich bei einem gemütlichen Beisammensein und Rückblick auf die Arbeit 2024 (19.11.24)
- Zur aktuellen Situation berichtet Herr Dr. B. Jellonnek regelmäßig von den Entwicklungen der Initiative Neue Bremm und des Fortgangs des Projektes Homosexuellenverfolgung 1933 bis 1994 an der Saar
- Rückblick und Evaluation des Jahresthemas Provenienzforschung
- Vorstellung der Geschäftsstelle des Landesverbands Sinti und Roma im Saarland
- Umsetzung und Evaluation der Beschlüsse der Mitgliederversammlung zu Sinti und Roma und Gedenkstättenfahrten
- Engagement zur Errichtung einer Gedenktafel zur Demonstration am 6. Januar 1935 vor der Saarabstimmung am Kieselhumes
- Beratung über die Kosten und Zukunft von Homepage und Newsletter
- Regelmäßige Berichte von Besuchen von Mitgliedern des Sprecher_innenrates bei Veranstaltungen, zu denen wir eingeladen wurden
- Information über die Entwicklung einer Bundesgedenkstättenkonzeption
- Teilnahme von FM Hofmann und Dr. F. Hirsch an den Sitzungen der Initiative Neue Bremm
- Vorbereitung des Jahresthemas 2025 und 2026

- Vorbereitung der Mitgliederversammlung am 9.10.25 im Historischen Museum Saar
- Vorbereitung der Themen der Newsletter 3.12.24, 12.3.25, 16.7.25
- Drei Treffen des Vorbereitungsdreiertteams, das derzeit aus FM Hofmann, J. Didas und Dr. F. Hirsch (Protokollant) besteht
Die Stellvertreterposition von Frau S. Geith bleibt bis zur MV 2025 unbesetzt
- Halten enger Kontakte zur Synagogengemeinde Saar; Verabschiedung von Frau Kunger, Kontaktgespräche mit den neuen Vorständen Herrn Hofmann und Herrn Stiefel
- Teilnahme an einer Begehung der CDU Saar auf der Neuen Bremm am 12.5.25, wo uns Dr. Frank Hirsch vertreten hat. Die CDU hat Unterstützung der Intensivierung der Arbeit an der Neuen Bremm befürwortet.
- Aufnahme von neuen Mitgliedern in die LAGE (Gymnasium Am Stadtgarten in Saarlouis, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Saarland, AG Stolpersteine Püttlingen). Da sich das Evangelische Schulreferat Heusweiler und das Religionspädagogische Zentrum St. Ingbert vereinigt haben, wird nur noch eine Mitgliedschaft geführt unter dem neuen Namen „Evangelisches Schulreferat Saarland – Zentrum für religiöse Bildung St. Ingbert“

Bericht über besondere Aktivitäten

- Am 24.11.24 wurde die Gedenkstele „Nachhall“ im Echelmeyerpark neben der Kirche St. Michael eingeweiht. Dort wird über die Verfolgung und Ermordung saarländischer Sinti und Roma erinnert. Das Projekt wurde von unserem Mitglied Frau Diana Bastian initiiert, vorbereitet und mit Hilfe der Stadt Saarbrücken durchgeführt.

An der beeindruckenden Gedenkfeier in St. Michael nahm der Vorsitzende des Zentralrates der Sinti und Roma, Herr Romani Rose aus Heidelberg teil; Ebenso Jugendliche und Vorstand der Sinti und Roma im Saarland, der Musiker Torino Reinhardt mit Band und OB Uwe Conradt. Sprecher FM Hofmann wirkte bei der Liturgie der ökumenischen Feier mit.

- Der Saarländische Landtag hat verpflichtende Gedenkstättenfahrten für SchülerInnen eingeführt.
Freilich fehlt der finanzielle und personelle Unterbau. In einem Schreiben an die Landtagsfraktionen von CDU und SPD haben wir angemahnt, dass für diesen Unterbau Sorge getragen werden muss. Auch scheitern oftmals Gedenkstättenbesuche und -fahrten an den Genehmigungsberechtigten Schulleitungen wegen Prüfungszeiten oder anderer formaler Dinge. In Berufsschulen sind verschiedene Träger für die Ausbildung an dritten Orten zuständig und die Zuständigkeiten sind nicht deutlich geregelt, so dass es auch in diesen Bereichen schwer ist, Gedenkfahrten zu organisieren.

- Auch hier haben wir noch einmal beim Ministerium für Bildung nachgehakt. In einem weiteren Beschluss unserer MV haben wir Staatskanzlei und Bildungsministerium darum gebeten, die bestehende Rahmenvereinbarung mit unserem Mitglied, dem Landesverband der Sinti und Roma in einen Staatsvertrag zu überführen. Wir bekamen zur Antwort, dass eine Evaluation erst zum Ende der Legislatur erfolgen soll. Bisher gibt es nur Projektmittel, z.B. zur Finanzierung der Geschäftsstelle. Die Unterstützung sollte aber in eine solide dauerhafte Finanzierung überführt werden. Damit ist auch in der politischen Öffentlichkeit deutlich geworden, dass die Sinti und Roma im Saarland nicht alleine stehen, sondern unsere LAGE hinter ihrem Anliegen steht.

Wir befürworten auch den Vorschlag der Evangelischen Kirchen im Saarland ähnlich wie eine Anti-Antisemitismusklausel auch eine Anti-Antiziganismusklausel in die Landesverfassung aufzunehmen. Beide Landtagsfraktionen haben Zustimmung signalisiert.

- Am 22.3.25 besucht Sprecher FM Hofmann die Versammlung der Schwesterorganisation, die LAG Erinnerungsarbeit Rheinland-Pfalz, die jetzt ein eingetragener Verein ist, bei ihrer MV Neustadt Weinstraße und sprach im Rathaussaal ein Grußwort

Rückblick auf die Veranstaltung zur NS-Opfergruppe der sogen. „Asozialen“ im Landtag des Saarlandes

Am 17. Juni 2025 fand zu unserem LAGE-Jahresthema der angeblich „Asozialen“ im Nationalsozialismus eine Veranstaltung statt, die gemeinsam mit dem Landtag und der Landeszentrale für politische Bildung (LpB) geplant war. Trotz sommerlicher Hitze und obwohl kein entsprechender Gedenktag mitten im Jahr war, war der große Saal des Landtages mit 120 Personen voll.

Landtagspräsidentin Heike Winzent beschrieb in ihrem Grußwort die Stigmatisierung, Verfolgung und Ermordung der sogen. „Asozialen“. Als „asozial“ galten kinderreiche Familien, die von der Fürsorge lebten, Sinti und Roma, die keinen festen Wohnsitz vorweisen konnten, wer keiner geregelten Arbeit nachging, nach Auffassung des Vorgesetzten zu langsam arbeitete, sowie Homosexuelle oder Sexarbeiterinnen. Sie wurden ins Gefängnis, Arbeitserziehungslager und Konzentrationslager eingewiesen, zwangssterilisiert und als Zwangsarbeiter durch Arbeit vernichtet. Erst im Jahr 2020 wurde diese Gruppe als Opfer des Nationalsozialismus vom Bundestag anerkannt. Kirchenrat F.-M. Hofmann beschrieb als Sprecher der LAGE den Weg der Entscheidungsfindung im Sprecher_innenrat zu diesem Thema.

Dr. Sabine Graf, stellvertretende Leiterin der LpB, stellte in ihrem Vortrag die Ergebnisse ihrer Recherche über die als „asozial“ stigmatisierten Saarländerinnen und Saarländer in der NS-Zeit vor. Dabei brachte sie viele bis dahin einer

größeren Öffentlichkeit unbekannt gebliebenen Lebensläufe vor, die unter den Schergen des Nationalsozialismus zu leiden hatten. Auszüge daraus können demnächst in einem neu von der Landeszentrale für politische Bildung des Saarlandes eingerichteten VEKTOR. Blog nachgelesen werden.

Alfons Ludwig Ims, geboren 1949 in Kaiserslautern, sprach über seine in der NS-Zeit und auch nach 1945 als „asozial“ stigmatisierte Familie. Er hat dies unter dem Titel „Eine „asoziale“ Pfälzer Familie. Wie in der NS-Zeit aus einem Sozialfall moralische Minderwertigkeit gemacht wurde.“ veröffentlicht. In diesem beeindruckenden Vortrag schlug er auch einen Bogen in die Neuzeit, weil immer noch Bürgergeldempfänger und sozial schwache Menschen stigmatisiert und verächtlich gemacht werden.

In der anschließenden Diskussion gab es viele Rückfragen. Vor allem zeigte sich eine große Betroffenheit, weil dieses Thema aus Scham von den Betroffenen bis dato oft verschwiegen worden ist und auch die historische Wissenschaft und Bürgerrechtsbewegung um dieses Thema einen Bogen gemacht hat. Der Moderator der Diskussion, Herr Dr. Frank Hirsch, zeigte sich erfreut, dass das Thema der NS-Opfergruppe der sogen. „Asozialen“ und angebliche Berufsverbrecher, die in der „NS-Opferhierarchie“ ganz unten standen und stehen, aus dem Dunkel der Geschichte ans Licht hervorgeholt wird. Er wünscht sich für die LAGE, dass an dem Thema, gerade auch im Saarland, weitergearbeitet wird.

Ich freue mich, dass heute Frau Ruth Bauer vom Stadtarchiv Saarbrücken noch einmal zu dem Jahresthema sprechen wird. Sie stellt ihre Recherchen zum Leben von Elisabeth – Else – Krug aus Anlass der am 27. August stattgefundenen Verlegung eines Stolpersteins in Saarbrücken-Altenkessel vor.

Wir haben bei unseren Vorgesprächen gemerkt, dazu brauchen wir Profis, die sich intensiv damit beschäftigen. Denn unser aller Wissen ist rudimentär. Deshalb bin ich sehr dankbar, dass wir erstmals im Saarland in breiter Öffentlichkeit über ein Thema reden können, das mit Scham der betroffenen -Menschen und mit Verdrängen der Gesellschaft behaftet ist. „Denn die einen sind im Dunkeln Und die andern sind im Licht. Und man siehet die im Lichte, die im Dunkeln sieht man nicht.“, dichtete einst Bertolt Brecht in der Dreigroschenoper. Wenn man aber den Scheinwerfer betätigt, reden wir hier von mindestens 80.000 Menschen. Auf der Schattenseite des Lebens stehend wurden sie unter dem ausdrücklichen Beifall der damaligen Öffentlichkeit entrechtet, angebliche „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ galten als „Abschaum“, die vermeintlich zurecht menschlich entwürdigt und verfeimt wurden. Auch nach 1945 war man nicht bereit, darüber zu reden. Noch länger als bei jeder anderen Opfergruppe beschwieg man dieses Unrecht.

Das ist die zweite Schuld der Deutschen, wie der jüdische Publizist Ralph Giordano dies genannt hat.

Noch etwas zu diesem Wort „Asozial“, alleine die ansatzweise Übernahme dieser Begrifflichkeit zeigt dem Fortbestand der Diskriminierung die Ausgrenzung- aber um der Verdeutlichung willen, um was es geht, haben wir die sogenannten, besser müsste es heißen die „angeblichen Asozialen“, als Bezeichnung unseres Jahresthemas belassen. Uns ist bewusst, dass es Zuschreibungen des Verhaltens oder des Charakters durch die Nazis waren. Unter „Asozialen“ und „Berufsverbrechern wurden viele subsumiert, die in der angeblichen nationalsozialistischen Volksgemeinschaft nicht gewollt waren:

Arbeits- und Wohnungslose, Fürsorgeempfänger, Suchtkranke, Prostituierte, vermeintlich unangepasste Jugendliche. Nicht die Arbeitslosigkeit wurde beseitigt, sondern die Arbeitslosen; nicht die Wohnungsnot, sondern die Obdachlosen...Kein Mensch saß zurecht in einem KZ, auch nicht die mit einem schwarzen oder grünen Winkel.

Erinnerungsarbeit ist für unsere LAGE immer auch politische Bildung: Wir klären wissenschaftlich, was gewesen ist, soweit sich das aus vertrauenswürdigen Quellen in Archivarbeit und Zeitzeugenberichten erhellen lässt.

Wir blicken darauf, wie mit den verschiedenen Opfergruppen aus der nationalsozialistischen Zeit nach 1945 in der Bundesrepublik und in der DDR umgegangen worden ist. Leider zieht sich wie ein roter Faden Diskriminierung und Geschichtsvergessenheit und -klitterung durch bis in höchststrichterliche Urteile hinein, z.B. bei Sinti und Roma oder bei Homosexuellen.

Es sind die gleichen Opfer des NS. Das Verdrängen dieser Opfergruppen aus dem öffentlichen Erinnerungsdiskurs und dem Gedenken sowie die Ignoranz der Wissenschaft gegenüber diesen beiden Opfergruppen hängen oft zusammen.

Und wir schauen darauf, wie heute mit Minderheiten umgegangen wird, wie mit Menschen umgegangen wird, die vielleicht nicht dem Mainstream entsprechen. Die positive und die negative sog. Auslese, die Trennung von Erwünschten und den Unerwünschten war das Kernstück nationalsozialistischer Rassenideologie.

Wir dachten in der Erinnerungsarbeit lange, dieses Gedankengut sei überwunden. Jüngst werden aber wieder Trennungen nach einem ethnisch und kulturell homogenen Staat, also wieder Aussonderungen aller, die nicht dazugehören sollen, Schutz vor fremden Einflüssen ins Spiel gebracht.

Das Wörterbuch des Unmenschen hat eine eigene, verharmlosende Sprache: Die Verschleppung von Menschen nannten sie schlicht „Wohnungswechsel“, die Tötung nannten sie „Desinfektion“, die Verfolgung von sog. Rassefremden nannten sie „Umvolkung“ oder „Schutz vor Überfremdung“. Neuerdings heißt das „Remigration“. Gemeint sind die angeblich ethnisch Fremden. Wer den falschen Stammbaum hat, soll ausgebürgert werden, Deutschland verlassen, auch gegen ihren Willen, auch wenn sie schon über Generationen hier leben und die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Das widerspricht den Grundwerten christlicher Nächstenliebe, den Werten von Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetz.

Grundgesetz und Europäische Verfassung werden mit den Füßen getreten. Wie werden dagegenhalten, den die Vielfalt der Menschen in unserem Land ist nicht nur eine Notwendigkeit, sondern einer Bereicherung. Manche mögen anders sein oder anders leben als man selbst, aber wir sind alle gleich viel wert. Ausgrenzung und Verfolgung von Menschen, die an die Ränder der Gesellschaft gedrängt werden, muss von jeder und jedem einzelnen von uns aktiv angegangen werden.

Es braucht mehr als nur positive Maßnahmen die Sozialfürsorge, Resozialisierung, Armutsbekämpfung oder Behandlung suchtkranker Menschen. Es sind vor allen Dingen persönliche Kontakte, menschliche Begegnungen auf Augenhöhe im Alltag und die Kraft der Vielen, die Solidarität üben und Haltung zeigen, die den Unterschied machen. Wir wissen: Es fängt heute wieder an, wenn wir vergessen, wie es in der Nazizeit begonnen hat. Es fängt an, wenn wir vergessen, wie es begonnen hat.

Weitere Projekte in Planung

Mittlerweile hat sich auf Anregung der Mandelbachtaler Initiative Aufstehen gegen rechts die Möglichkeit ergeben, dass das Theaterstück „Monolog mit meinem „asozialen“ Großvater – ein Häftling in Buchenwald“ in Saarbrücken aufzuführen. Der Theaterpädagoge Harald Hahn setzt sich in diesem Stück mit seiner eigenen Familiengeschichte auseinander. Es zeigt auf, welche Auswirkungen Schuld, Scham und Schweigen über Generationen auf Familien haben und wie Klasse sowie Herkunft heute noch unsere Gesellschaft spalten. Auch verdeutlicht das Stück eindrucksvoll, wie fragil demokratische Werte sein können. Es sensibilisiert für die Bedeutung einer offenen und demokratischen Gesellschaft, die geschützt und aktiv unterstützt werden muss.

Wir sind derzeit in Gesprächen mit dem Theater im Viertel, ob das Stück dort gezeigt werden kann. Es wäre eine wunderbare Ergänzung zu unserem Jahresthema.

Umgang mit einer bundesweiten Gedenkstättenkonzeption

In den vergangenen Jahren habe ich als Sprecher immer an den Sitzungen des bundesweiten Verbands der Gedenkstätten e.V./FORUM (VGDF) teilgenommen. Dabei wurde deutlich, dass wir als kleinere Erinnerungsinitiativen und LAGs mit der bei der Ampelregierung vorgesehenen Gedenkstättenkonzeption, die maßgeblich von Claudia Roth verantwortet war, nicht zufrieden sein können. Dass gemäß dieser Konzeption eine Dreiteilung der Finanzen hätte stattfinden sollen auf NS-Zeit, DDR-Zeit und Kolonialismus war für uns ein schwer verdaulicher Brocken. Es wurden nicht nur finanzielle Minderfinanzierungen befürchtet, sondern auch eine inhaltliche Verwässerung durch die Ausweitung des Erinnerungsthemas.

Mittlereile hat der parteilose Kulturstatsminister Wolfgang Weimer nach den Wahlen am 23.2.25 ein neues Konzept zur Erinnerungskultur und zu den NS-Gedenkstätten angekündigt. Das Konzept der alten Regierung sei gescheitert, sagte er. Es gehöre „zur Integrität unserer Republik, dass der Holocaust in seiner Singularität gesehen wird“. Wir stimmen dem zu, dass das Erinnerungskonzept der alten Regierung gescheitert ist, weil Kolonialismus und andere Gedenken in eins hätten geschrieben werden sollen. Von daher dürfen wir gespannt sein, wie das neue Konzept, das jetzt im Herbst vorgelegt werden soll, aussehen wird, um zu einer vollkommen klaren Haltung in der Erinnerungskultur zurückzukehren. Ich stimme Weimer darin zu, dass es darum geht, „dass wir die Dinge nicht verwischen, dass wir keine Relativitäten schaffen, dass wir etwas nicht verharmlosen, was war“.

Die Erstellung einer komplett neuen Gedenkstättenkonzeption mit der Festschreibung der bzw. dem Festhalten (an) der bisher praktizierten Singularität der Shoah und den Folgen für die Erinnerungsarbeit in Deutschland ist eindeutig und freudig zu begrüßen. Damit hat das lange währende, verwirrende Hin und Her auf Bundesebene, das die vormalige Beauftragte für Kultur und Medien der Bundesregierung, Claudia Roth zu verantworten hatte, an dem auch unser Bundesverband leider und leidend mit zu tun hatte, ein Ende. Auch wir sehen die bisherigen Bemühungen um ein neues Konzept als gescheitert an.

Die Vermischung dreier unterschiedlicher Themen (NS-Zeit, DDR-Unrecht, Kolonialismus) bewährte sich nicht, jedes sollte in seiner tragischen Eigenheit gesehen und bearbeitet werden in der Erinnerungskultur. Der Verband der Gedenkstätten e.V./FORUM (VGDF), dem die LAG Erinnerungsarbeit im Saarland angehört, hat auf Bundesebene versucht, dagegen zu steuern. Er musste sich letzten Endes aber damit zufriedengeben, um Schlimmeres abzuwenden. Die für die NS-Aufarbeitung zur Verfügung stehenden Mittel wären nach dem alten Entwurf letztendlich durch Drei geteilt worden. Dass die NS-Zeit für uns Priorität hat und vor allem aufzuarbeiten ist, ist in den Leitlinien der LAGE Saarland niedergelegt. Von daher ein uneingeschränktes „Ja“ zu den Plänen des neuen Kultur-Staatsministers.

Engagement für zukunftsfeste Strukturen an der Gedenkstätte Neue Bremm

Die neue Bundesregierung weist der Erinnerungsarbeit in ihrem Koalitionsvertrag eine wichtige Funktion für die Demokratiebildung zu. Sie bekennt sich darin ausdrücklich zu einer dezentralen Gedenkstättenlandschaft in Deutschland. Herausforderungen erblickt sie in der Substanzerhaltung, dem Ausbau von Vernetzung und Kooperationen sowie der Etablierung innovativer Vermittlungsarbeit. Ihren Beitrag sieht sie in einem Investitionsprogramm, das sie auflegen möchte. Dadurch besteht für das Saarland die realistische Chance, die Gedenkstätte Gestapolager Neue Bremm weiterzuentwickeln. Seit einigen Jahren bringt sich der Sprecher_innenrat der LAG konstruktiv in die Diskussion ein, denn es besteht für die Neue Bremm dringender Handlungsbedarf: Mit der Einführung eines obligatorischen Gedenkstättenbesuchs aller Schülerinnen und Schüler wird die Nachfrage deutlich ansteigen. Sinnvoll ist das aber nur, wenn eine hochwertige Bildungsarbeit angeboten wird, die zeitgemäße Vermittlungsformen einbezieht. Nach wie vor leidet der Ort an fehlenden Räumlichkeiten, in denen überhaupt Seminare wetterunabhängig durchgeführt werden können. Zudem existiert bis heute kein Lagerraum für Materialien, ebenso ein Raum, in dem sich interessierte Besucher den Ort über die existierenden Texttafeln hinaus durch weiterführende (digitale) Informationen erschließen können. Nicht zuletzt verfügt die Gedenkstätte über keine rechtssichere Struktur, die sie langfristig an den Zweck der Erinnerungsarbeit bindet. Das Gelände gehört der Stadt Saarbrücken, die die Pflege des Ortes übernimmt. Die Bildungsarbeit wird bislang durch Akteure wie dem Landesjugendring oder der Initiative Neue Bremm geleistet, die die Finanzierung über befristete Projekte gewährleisten. Diese etablierten Strukturen zivilgesellschaftlichen Engagements sollen erhalten bleiben, doch bedarf es für die dauerhafte Sicherung und didaktische Nutzung fester Strukturen. Andere Bundesländer machen es längst vor und bündeln ihre Erinnerungsstätten in Stiftungen. Das gewährleistet eine langfristige und planbare Bildungsarbeit, die angesichts aktueller Herausforderungen mehr denn je auch Demokratiebildung ist. Als LAG werden wir weiter drauf dringen, dass die Politik in dieser zentralen Frage die Initiative übernimmt und einen Runden Tisch mit allen maßgeblichen Akteuren zur Weiterentwicklung der Gedenkstätte Neue Bremm einberuft.
(übernommen von Dr. Frank Hirsch)

Ausreichend Fördergeld für Gedenkstättenfahrten müssen gesichert sein!

Die Mitgliederversammlung unserer LAGE hat am 10.10.24 in Bildstock beschlossen, dass wir der Staatsministerin für Kultur und Medien Claudia Roth schreiben, um uns für eine bessere Bundesförderung für Gedenkstättenfahrten einzusetzen, beispielsweise durch eine gesetzlich verankerte Fördergarantie für die Fahrten in Verbindung mit einer bedarfsgerechten Anpassung oder Dynamisierung der Fördermittel auf Bundesebene, die über die Zentralstelle bei IBB verteilt werden.

Begründet wurde der Antrag vom Landesjugendring des Saarlands, der bei uns aktives Mitglied ist, mit der Erfahrung im Jahr 2024, als die Fördermittel für Fahrten bereits im ersten Quartal aufgebraucht waren.

Dies haben wir an Frau Roth, aber auch alle Bundestagsabgeordneten des Saarlands und unseren Bundesverband geschrieben, dass es nicht sein kann, dass Studienfahrten zu Gedenkstätten, die keine Vergnügungsreisen sind, aufgrund fehlender finanzieller Mittel nicht durchgeführt werden können.

Der „Verband der Gedenkstätten in Deutschland. Forum der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen, Arbeitsgemeinschaften und Dokumentationszentren“ (VGDF) hat uns seiner Solidarität versichert und dass er sich auf Bundesebene für unser Anliegen einsetzen will.

Frau Roth ließ am 19.12.24 antworten, dass die Kulturstaatsministerin Roth unser LAGE- „Engagement mit würdevoller Gedenkarbeit und zeitgemäßer diversifizierter Vermittlungsarbeit ...als wesentliches Element einer lebendigen Erinnerungskultur“ begrüßt. Die Förderung schulischer Gedenkstättenfahrten liege aber in der Zuständigkeit der Länder und es wird auf das Förderprogramm „Jugend erinnert“ verwiesen.

Von den angeschriebenen Bundestagsabgeordneten (alle außer AfD) antworteten drei: Nadine Schön (CDU) dankt für unser Engagement und sieht auch den von uns angesprochenen Bedarf, die Regelfinanzierung solcher Projekte zu überprüfen und angemessener auszugestalten. Sie hat den Antrag an die zuständigen Kollegen weitergegeben (26.11.24). Markus Uhl (CDU) unterstützt unsere Forderung ausdrücklich, da er selbst für die „Junge Union“ Erinnerungsfahrten organisiert habe. Wird er wiedergewählt, will er sich auch bei der neuen Bundesregierung dafür einsetzen, dass hier gezielt Schwerpunkte gesetzt werden. Er verweist aber auch auf den fehlenden Nachtragshaushalt und dass kein Bundeshaushalt für 2025 beraten wurde (6.12.24).

Esra Limbacher (SPD) stimmt uns zu, dass die derzeitigen Mittel nicht ausreichen. Er will sich für unser Anliegen einsetzen, denn „solche hautnahen Erlebnisse (der Gedenkstättenfahrten) prägen ein Leben lang und können entschieden zu einer Sensibilisierung der Bevölkerung beitragen.“ Und: „Ich bin davon überzeugt, „dass der Kampf gegen Hass, Ausgrenzung und

verfassungsfeindliche Positionen nicht nur im Parlament, sondern auch in der Zivilgesellschaft geführt werden muss.“ (27.12.24).

Wir haben mit unserer Initiative erreicht,

dass sich saarländische MdBs in Berlin für unser Anliegen einsetzen und sie für Gedenkstättenfahrten und ihre mangelhafte Finanzierung sensibilisiert wurden.

Außerdem hat es sich gezeigt, dass das IBB auf die negativen Rückmeldungen reagiert hat: Noch Ende 2024 wurde an alle registrierten Träger von Gedenkstättenfahrten eine Umfrage bzgl. der Planungen für 2026 geschickt, um den zu erwartenden Bedarf realistisch erheben zu können. Es besteht die Hoffnung, dass dann auch Mittel in annähernd dieser Höhe bereitgestellt werden. Das Verfahren zur mittelfristigen Bedarfserhebung soll fortgesetzt werden.

Was dann letztlich wirklich passiert, wird von der neuen Bundesregierung abhängen... Aber es ist gut, zumindest jetzt mal rechtzeitig gefragt wird, was gebraucht wird. Damit nicht wieder nach einem Quartal der Topf leer ist.

Unterstützung des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma Saarland e.V. durch die LAGE

Unsere MV am 10.10.24 im Rechtsschutzsaal Bildstock hatte das Anliegen der Sinti und Roma unterstützt, die bestehende Rahmenvereinbarung zwischen der Regierung des Saarlands und dem Landesverband Deutscher Sinti und Roma Saarland e.V. vom 13.4.2022 in einen Staatsvertrag zu überführen. Für unsere LAGE ist es eine Verpflichtung, diesen zu unterstützen. Denn neben den Juden und Jüdinnen waren die Sinti und Roma eine der größten Opfergruppen, die unter dem Nationalsozialismus zu leiden hatten. Wir unterstützen mit unserem Beschluss ihr Anliegen, als selbstverständlicher Teil der deutschen Gesellschaft wahrgenommen zu werden und sie in ihrer Kultur und Identität zu bekräftigen. Leider gibt es auch heute wieder zahlreiche antiziganistische Ausfälle und rassistische Anfeindungen, denen wir entschieden gegenüberzutreten müssen. Von daher begrüßen wir es auch, dass Bund und Länder 2024 eine Kommission gegen Antiziganismus gestartet haben.

Mit zwei Schreiben hat die Landesregierung auf unseren ihr schriftlich zugeleiteten Antrag reagiert: Am 20.12.24 begrüßt Ministerpräsidentin Anke Rehlinger unsere Unterstützung für den Verband. Sie teilt mit, dass vorgesehen ist, die bestehende Rahmenvereinbarung zum Ende der Legislaturperiode erneut zu evaluieren, auch hinsichtlich einer Überführung in einen Staatsvertrag.

Am 2.12.24 hat Sozialminister Dr. Magnus Jung reagiert und unser Schreiben begrüßt. Die Prävention und Bekämpfung antiziganistischer Einstellungen sei Bestandteil des Landesaktionsplans gegen Rassismus und Antisemitismus, der in seinem Haus erarbeitet wird. Dabei wirkt auch Frau Diana Bastian mit. Er betont aber auch, dass die Bearbeitung der (Dauer-) Ziele „Gesellschaftliche Teilhabe“ und „Geschichte und Erinnerungskultur“ längere Zeitdimensionen erfordere und die bestehende Vereinbarung zurzeit noch ein geeignetes Verwaltungsabkommen zum Schutz der nationalen Minderheit der Sinti und Roma im Saarland darstelle.

Es ist gut, dass unsere Initiative deutlich gemacht hat, dass Sinti und Roma im Saarland mit diesem Anliegen nicht alleine stehen, sondern von uns nach Kräften unterstützt werden.

Bezüglich unserer Anregung, eine Antiantiziganismusklausel ähnlich der Antiantisemitismusklausel in die Landesverfassung aufzunehmen, hatten wir diese den Fraktionen der SPD und CDU zugeleitet. Die SPD-Fraktion hat

mittlerweile einen Vorschlag publik gemacht, wie dieses Anliegen in der Verfassung Widerhall finden könnte. Die CDU-Fraktion, die den Verfassungsänderungen zustimmen muss, muss sich dazu noch verhalten. Sie teilt das Grundanliegen, will aber bisher noch diese Änderung mit anderen Fragen rund um die Verfassung koppeln, sodass zum jetzigen Zeitpunkt abgewartet werden muss, welche Resonanz im Parlament der Vorschlag der SPD finden wird.

Ein Erfolg unserer Initiative, die auch den Politikern vorgetragen worden ist, ist es jedenfalls, dass dieser Vorschlag, den vorher niemand auf der Rechnung hatte, ernsthaft diskutiert wird.

Ausblick

Folgende Punkte sind in der folgenden Zeit meiner Meinung nach von Belang:

- Weiteres Einbringen unserer Ideen zur bundesweiten Gedenkstättenkonzeption (nächste Sitzung des Gedenkstättenverbandes am 27.11.25/28.11.25 in der Topographie des Terrors in Berlin)
- Weitere Mitarbeit unserer Mitglieder J. Siebeneich, Dr. F. Hirsch und FM Hofmann in der Initiative Neue Bremm
- Vorbereiten und Durchführen des Jahresthemas 2026 „Verfolgte Frauen in der NS-Zeit im Saarland“ (hier liegen Vorschläge von R. Eulenstein und J. Didas über vorzustellende Frauen bereits vor.)
- Teilnahme an der Buchvorstellung von Herrn F.J. Schäfer und Herrn Buchmann am 27.10.25 im Stadtarchiv Saarbrücken zur NS-Verfolgung der Zeugen Jehovas im Saarland
- Vorstellung der Kunstinstallation von Frau M. Kujevic „Hallender Hass“ im Sprecher_innenrat
- Planung eines Tagesausflugs ins Musée National de la Résistance et des Droits Humains in Esch/Luxemburg
- Planung und Durchführung von Gesprächen mit den Fraktionen CDU und SPD im Landtag
- Planung und Durchführung eines verabredeten Treffens mit der LAG Erinnerungsarbeit in Rheinland-Pfalz und dessen neuem Leitungsteam

Newsletter, Webseite, Finanzen

Ich danke an dieser Stelle besonders Dr. Frank Hirsch, der als Protokollant viel zu tun hat und dies auf hervorragende Weise gestaltet. Wir haben auch beschlossen, die Protokolle nicht mehr vollständig auf die Webseite zu setzen, da immer auch Interna und Personalia angesprochen werden, die einem besonderen Schutz unterliegen. Herr Poehler und ich bereiten die Protokolle dann so auf, dass sie publiziert werden können und die Mitglieder jederzeit kurz nach kurzer Zeit über die wichtigsten Themen informiert sind.

Umgang mit dem Newsletter und der Homepage

Bezüglich des Umgangs mit dem Newsletter und der Webseite kam eine eingesetzte Expertengruppe zu dem Ergebnis, dass es sehr viele offene Fragen gibt (z.B.: die Kostenfrage bei einem möglichen Serverwechsel und einer Neuprogrammierung; urheberrechtliche Fragen im Falle einer Beibehaltung des Corporate Designs; die Fragen nach dem Arbeits- und Schulungsaufwand hinsichtlich der Einführung eines neuen Content Management Systems). Deshalb haben wir entschieden, dass ich in einem ersten Schritt in einem unverbindlichen informellen Gespräch mit one4vision auslote, welche Veränderungen im bestehenden System möglich sind (inkl. Integration eines Newsletter-Systems auf der LAGE-Homepage). Zudem musste mit one4vision die Frage geklärt werden, ob man die Typo-3-Update-Maßnahmen hinsichtlich einer größeren finanziellen Planungssicherheit nicht etwas vorausschauender managen kann.

Herr Didas und Herr Dr. Harms-Immand berichteten dem Sprecher_innenrat von den bestehenden Herausforderungen, zu denen sie unter anderem mit der Geschäftsführung des Providers One4vision gesprochen haben. Zum einen besteht das Problem, dass das bisher genutzte Newsletter-Programm datenschutzrechtlich unsicher sein könnte und der Umgang umständlich ist. Zudem besteht ein erhöhter Verwaltungsaufwand, da die Bildrechte zu jedem Beitrag eingeholt werden müssen bzw. deren Nutzung rechtskonform sein muss. Zum anderen belasten die hohen Updatekosten den Betrieb der Homepage. Herr Dr. Harms-Immand schlägt vor, die Möglichkeit einer Updatepauschale in Betracht zu ziehen, da dadurch die Kosten beherrschbar bleiben. Die LpB erklärt sich bereit, die Kosten dafür zu übernehmen. Die Übernahme außerplanmäßiger Kosten der LAG können aber daraufhin nicht mehr übernommen werden. Es besteht außerdem die Möglichkeit, den Newsletter in die Internetseite technisch zu integrieren. Die LAG soll bis Jahresende darüber beraten, auch über die Notwendigkeit eines Newsletters für die Zukunft. Bis dahin soll das alte System übergangsweise beibehalten werden.

An dieser Stelle Frau Geith und Herrn Poehler Danke, die den newsletter versorgen und dafür sorgen, dass die drei Ausgaben im Frühjahr, Sommer und Herbst erscheinen und von denen, die ihn abonniert haben, gelesen werden können. Danke auch all denen, die Beiträge liefern oder sich anregen lassen, über besonders wichtige Dinge in ihren Organisationen zu berichten. So können wir den newsletter aktueller gestalten. Davon zu unterscheiden sind die „Meldungen“, die auch auf der Website gebracht werden können und nicht ins Format des Newsletters passen. Vielleicht müssen wir hier noch mehr auf die Unterschiede achten und ggfls. anders zuordnen, als ursprünglich angedacht, damit der newsletter nicht überladen wird. Ca. 70 Mitglieder beziehen derzeit den newsletter, denn nicht jedes Mitglied der LAG hat per Mail Frau Dr. Graf zurückgemeldet, dass es einverstanden ist, den Newsletter in sein Emailpostfach erhalten zu wollen. Wer ihn von Ihnen noch nicht bezieht, sollte überlegen, dies künftig doch zu tun, denn es steckt viel Arbeit da drin.

Frau Dr. Graf dieser Stelle danke, sie sich intensiv um die website kümmert, und für alle inhaltlichen und auch technischen Fragen zur Verfügung steht und beratend auch unseren Mitgliedern zur Seite steht. Das ist mehr Arbeit als man denkt. Auch wurde durch mehrere Updates die website auf den aktuellsten technischen Stand gebracht, wir mussten dafür viel Geld zahlen, weil ohne unser Verschulden Updates in der Vergangenheit versäumt wurden, aber auch die LpB hat kräftig mitgeholfen, das finanzieren zu können, auch dafür herzlichen Dank! Alle Mitglieder erhalten auf Anfrage von Frau Dr. Graf einen Zugangsschlüssel, mit dem sie Meldungen für Veranstaltungen auf der Website einstellen können. Es gibt immer noch Mitglieder, die das Angebot nicht nutzen. Wer dies künftig verstärkt tun möchte, kann Frau Dr. Graf darauf ansprechen, sie gibt auch gerne Hilfestellungen, wenn man das zum ersten Mal macht.

Wir haben uns von Matoma eine Auswertung der Webseitenbesuche 2024 und bisher 2025 zukommen lassen und sind mit dem Besuch der Webseite zufrieden. Die Auswertungen liegen für Interessierte auf einem Tisch bereit. Sie ist nach wie vor unter dem Jahr das Herzstück unserer Arbeit. Nach wie vor werden Auszüge aus dem Protokoll, der Newsletter und auch ganz aktuelle Meldungen neben den fortlaufenden Aktivitäten eingestellt. Bitte machen Sie auch andere Personen auf unsere Homepage aufmerksam.

Bezüglich der Finanzen können Sie aus dem beigelegten Blatt die bisherigen Ausgaben im Jahr 2025 ersehen. Freilich stehen noch einige Ausgaben aus. Wir gehen aber davon aus, dass wir die oben erwähnte Veranstaltung mit dem Theaterpädagogen Herrn Hahn noch mitfinanzieren können.

So, nun ist dies wieder ein langer schriftlicher Bericht geworden, den ich aber dennoch aus Zeitgründen Ihnen nur auszugsweise vorgetragen habe. Es kann ja jeder und jede, die sich für einzelne Themen eingehender interessieren, das alles in Ruhe noch einmal nachlesen. Es bleibt die Aufforderung an uns alle: Wachsam bleiben und nicht feige werden! Zukunft durch Wandel-ja, das schaffen wir: In unserer Gesellschaft im Allgemeinen in der Erinnerungsarbeit im Besonderen. Glückauf!